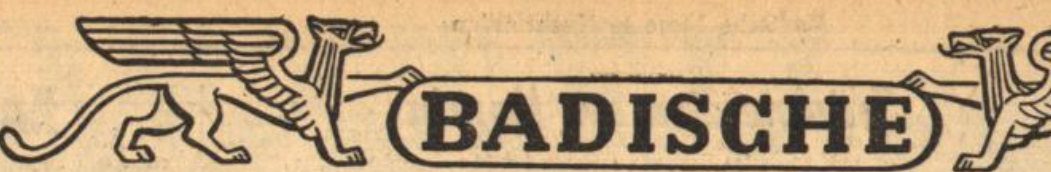


# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

178 (13.12.1948)



# NEUESTE NACHRICHTEN

## REPUBLIK ÖSTERREICH



Die österreichische Gedenkbriefmarke für das Weihnachtsfest „Stille Nacht, heilige Nacht“ (Zin Artikel folgt) (Dena-Bild)

### „Streng Vertrauliches“ aus der Vorkriegszeit

Washington, 12. Dez. (AP) Der Untersuchungsausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses für amerikanische Umtriebe veröffentlichte am Samstag eine Reihe von Geheimdokumenten, die dem Ausschuss von dem früheren Kommunisten Whittaker Chambers zur Verfügung gestellt wurden. Chambers gelangte in den Besitz dieser Dokumente angeblich durch einen Regierungsbeamten, Alger Hiss, der sie ihm zur Weiterleitung an die Sowjetunion übergeben hatte.

Von den insgesamt 65 Dokumenten, die dem Ausschuss vorlagen, wurden 12 veröffentlicht. Der Ausschuss teilte gleichzeitig mit, daß die Publikation der Schriftstücke, obgleich ein Teil von ihnen als „streng geheim“ gekennzeichnet war, von der State Department nicht mehr als gefährlich für die Sicherheit Amerikas erachtet werde, da die Vorgänge zehn Jahre zurückliegen.

Die Dokumente enthalten 21 diplomatische Botschaften von führenden Vertretern der amerikanischen Diplomatie der Vorkriegszeit, z. B. von dem früheren Botschafter in Frankreich, William Bullitt, dem früheren Botschafter in Japan, Joseph Crew, und dem früheren Botschafter in Polen, Anthony J. Drexel Biddle jr. Unter den Dokumenten, die sich mit den Verhältnissen im Vorkriegsdeutschland befassen, befinden sich auch einige, die Aufschluß über Hitlers Geheimpläne zur Annexion Österreichs geben.

### Verteidigungspakt und Unstimmigkeit

Washington, 12. Dez. (Dena-Reuters) Die Besprechungen über einen Verteidigungspakt zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und den fünf Westunionsstaaten wurden am Freitagvormittag im amerikanischen Außenministerium eingeleitet. In einem Kommittee des Außenministeriums wurde eine Fortsetzung der in Juli eingeleiteten Erörterungen über gemeinsame Sicherheitsprobleme diskutiert.

Die „New York Times“ befaßt sich mit den Besprechungen über einen Verteidigungspakt zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und den fünf Westunionsstaaten. Seit der Periode der Unstimmigkeiten zwischen Präsident Roosevelt und de Gaulle 1945, schreibt die Zeitung, seien sich Washington und Paris niemals so fern gewesen. Die Zeitung sieht den Grund für die gegenwärtige Krise in der Beharrlichkeit der Vereinigten Staaten, ihre Politik trotz der französischen Opposition durchzusetzen.

„Be jetzt, fährt das Blatt fort, habe es im amerikanischen Außenministerium eine Gruppe von Persönlichkeiten“ gegeben, die die französische Ansicht unterstützen hätten. Diese Gruppe habe sich jedoch dem Willen des Kongresses, der Militärs und der für das ECA Verantwortlichen unterordnen müssen.

Als erste Waffenlieferung von einem Westunionsstaat an einen anderen wird, wie in London am Freitag amtlich bekanntgegeben wurde, Großbritannien Düsenjäger an Frankreich abgeben. Die Lieferungen erfolgen in Übereinstimmung mit den gemeinsamen Beschlüssen, die im September über die Verteidigung der Westunionsmächte getroffen wurden. Die erste Übergabe von Düsenjägern an die französischen Luftstreitkräfte soll zum Wochenende erfolgen.

Die Londoner Ruhrkonferenz trat am Samstag zum erstenmal seit fast 14 Tagen wieder zu einer Vollversammlung zusammen. Der amerikanische Botschafter in London, Lewis Douglas, soll, wie aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, im Laufe der geheimen Sitzung den Standpunkt seines Landes zu den französischen Ruhrvorschlägen bekanntgegeben haben.

Der über die Demontage westdeutscher Fabriken beratende Humphrey-Ausschuß tagte am Samstag ebenfalls und wird am Montag erneut zusammentreten. Großbritannien und Frankreich sollen dem Ausschuss eine Liste der zu demontierenden Fabriken und die Anzahl dieser Fabriken nach ihrer Ansicht zu groß ist.

### Im Telegrammstil

Washington, Die Regierungen der Vereinigten Staaten und der südamerikanischen Republik haben wie das US-Außenministerium bekanntgab, am Freitag ein Hilfsabkommen abgeschlossen, in dem die wirtschaftliche Unterstützung Südkoreas im Rahmen der ECA vorgesehen ist. (Dena-AP)

Ottawa. Zwischen Mitgliedern der kanadischen Regierung und Vertretern Neufundlands wurde am Samstag im kanadischen Senat ein Vertrag über die Angliederung der ehemaligen britischen Kolonie Neufundland an Kanada unterzeichnet. Der Vertrag tritt am 31. März 1949 in Kraft. (Dena-AP)

Den Haag. In den ehemaligen Kriegsverfahren Hollands ereignen sich wöchentlich durchschnitlich drei bis vier schwere Unfälle durch Bomben und Granaten, die dort noch verstreut herumliegen. (Dena-Reuters)

Baden-Baden. Der französische Militärkommandant für Deutschland, General Pierre König, hat laut Siedens eine Weichheitsmaßnahme erlassen, wonach alle Personen am 15. Dezember freigelassen werden, die von Gerichten der französischen Militärregierung und dem französischen Gerichtshof verurteilt wurden und deren Haftstrafen zwischen dem 15. Dezember 1948 und dem 31. Januar 1949 ablaufen. (Dena)

Frankfurt. Die Schweizer Spende hat sich schwerer Rückmeldung zufolge am Freitag insgesamt 200 Millionen Franken. (Dena)

## „Westpolitiker hauptverantwortlich für 2. Weltkrieg“

### Wyschinski beschuldigt die Westmächte - Konvention über Völkermord und Erklärung der Menschenrechte angenommen

Paris, 12. Dez. (AP) Die Sowjetunion machte am Freitag die Vereinigten Staaten und Großbritannien für den zweiten Weltkrieg verantwortlich. Die Debatte der Vollversammlung über die Erklärung der Menschenrechte stellte der sowjetische Hauptdelegierte Andrej Wyschinski fest, die führenden Politiker des Westens, und nicht Hitler, trügen die Hauptverantwortung am zweiten Weltkrieg.

Wyschinski wandte sich scharf gegen die Erklärung der Menschenrechte und behauptete, diese befürworte und fördere den Faschismus in jeder Form.

Der sowjetische Delegierte fuhr sodann fort, England habe unterstützt von den Vereinigten Staaten, alles getan, um die Tür für Hitlers Angriffe gegen die Sowjetunion zu öffnen. Nicht Hitler habe in überwiegend Maße den letzten Krieg verursacht, sondern die Führer Frankreichs und Englands mit Unterstützung der USA. Wyschinski nannte in diesem Zusammenhang die ehemaligen Ministerpräsidenten Edouard Daladier und Neville Chamberlain. Diese Männer, so rief

Wyschinski, hätten das Anwachsen der militärischen Stärke Hitlers beschleunigt und die deutsche Aggression gegen den Osten vorbereitet. Das Abkommen von München habe den Weg zum Weltkrieg Nummer 2 geöffnet.

Die Erklärung der Menschenrechte stieß — nach dem Bericht des Dena-Vertreters — vor der Vollversammlung auf weitestgehendem Widerstand als die Konvention über den Völkermord, die am Donnerstag einstimmig angenommen wurde. Die Sowjetunion und mit ihr der Block der Oststaaten versuchten mit allen Mitteln eine Beschlußfassung bis zur nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen im kommenden Herbst zurückzustellen. Wyschinski und der Ukrainer Manuilski beanspruchten den größten Teil der Nachtstimmung, um ihren Argumenten Gehör zu verschaffen. Während die übrigen Sprecher des Ostblocks am Freitagmittag und -nachmittag in längeren Reden zu beweisen versuchten, daß der von der Sonderkommission gebilligte Entwurf unvollständig, veraltet und überholt sei.

Der erste Verteidiger der Erklärung der Menschenrechte zugaben, daß gewisse Punkte hätte besser formuliert werden können, waren die Westmächte doch einstimmig der Überzeugung, daß der Entwurf gebilligt werden müsse. Er wurde am Freitag angenommen.

### „Eine negative Bilanz“

Der erste Teil der dritten ordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen fand am Samstagvormittag mit dem Abschluß des französischen Staatspräsidenten Vincent Auriol seinen offiziellen Abschluß.

Die Bilanz der gesamten Arbeit ist, wie auch die französische Presse resignierend bemerkt, negativ. Die Berliner Frage scheiterte im Sicherheitsrat am Veto der Sowjetunion. Die Kontrolle der Atomenergie wurde gegen die Stimmen der Oststaaten angenommen. Die sowjetische Forderung auf Abrüstung wurde gegen die Stimmen der Oststaaten zurückgewiesen. Die Balkanfrage blieb ungelöst, denn die Staaten lehnten die Schuldigerklärung Albanens, Jugoslawiens und Bulgariens ab. Die Amtsdauer der kleinen Vollversammlung wurde gegen die Oststaaten um ein Jahr verlängert, eine neue Debatte der Aufnahmeerträge bei Enthaltung der Oststaaten gebilligt. Die Koreafrage hängt in der Luft, denn die Oststaaten stimmten gegen die Anerkennung der südkoreanischen Regierung. Die Erklärung der Menschenrechte wurde bei Stimmhaltung des Ostblocks gebilligt, ohne daß auch nur eine Seite der Bilanz stehende Verurteilung wäre. Die Frage des Vetorechtes im Sicherheitsrat bleibt ungelöst, der Krieg in Palästina geht weiter und die Frage der ehemaligen italienischen Kolonien wird erst im nächsten Jahr erörtert. Auf der Plus-Seite der Bilanz steht die einstimmig gebilligte Konvention über den Völkermord und der Friedensappell.

### Ein paar Zahlen

Mit Beendigung der gegenwärtigen Sitzungsperiode am Samstagabend hat die UN-Vollversammlung in Paris 81 Tage gedauert, von denen 71 Arbeitstage waren. In dieser Zeit besuchten 119 000 Personen das Palais Chaillot, 50 Vollversammlungen fanden statt, an denen 285 Delegierte und 138 stellvertretende Delegierte teilnahmen.

Die Ausschüsse und Unterausschüsse der Vollversammlung hielten 568 Sitzungen ab. 60 Dolmetscher arbeiteten 18 000 Stunden lang. Tausend Zeitungen, Zeitchriften und Nachrichtenagenturen hatten ihre Vertreter zur Vollversammlung entsandt. Der Pressedienst der Vereinten Nationen stellte ihnen Dokumente mit 150 000 Seiten zur Verfügung.

Die besonderen Anlagen im Palais Chaillot kosteten der französischen Regierung fast eine Million Dollar. Im ganzen wurden für die jetzige Sitzungsperiode 2 315 000 Dollar ausgegeben.

## SPD wünscht zuverlässige demokratische Polizei

### Stellungnahme des SPD-Vorstands zu Tagesfragen — Parteitag der LDP, FDP, DVP

Bonn, 12. Dez. (Dena) Der zweite Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, gab am Samstag in einer Pressekonferenz die jüngsten Beschlüsse sowie die Stellung des am Freitag in Bad Godesberg zusammengetretenen SPD-Vorstands zu einer Reihe wichtiger Tagesfragen — und soziale, parlamentarische und politische — bekannt.

Zum Problem der westdeutschen Sicherheit, so sagte Ollenhauer, habe der Parteivorstand auf seiner zweitägigen Konferenz einmütig festgestellt, daß die Frage der deutschen Währungsreform nicht im Bereiche der deutschen Zuständigkeit liege. Er verwies darauf, daß die hierfür zuständigen alliierten Militärgouverneure alle Gerüchte über eine deutsche Währungsreform zurückgewiesen hätten. Nach sozialdemokratischer Auffassung stellt eine solche Währungsreform eine soziale und politische Frage dar, die dem deutschen Volk und nicht dem Besatzungsstaat überlassen werden sollte.

Die SPD so fuhr Ollenhauer fort, sei sich der Gefahr einer gewaltsamen Infiltration von Osten nach dem Westen bewußt und wünsche daher den Aufbau einer zuverlässigen demokratischen Polizei, deren Leitung und Kontrolle in den Händen der Deutschen liegen sollte. Nach Meinung des SPD-Vorstandes ist die Frage einer künftigen deutschen Wehrverfassung von der Rolle abhängig, die Deutschland innerhalb der europäischen Gemeinschaft spielen wird. Eine Diskussion darüber könne nur unter dem Gesichtspunkt eines internationalen Systems kollektiver Sicherheit geführt werden.

Die SPD sieht, Ollenhauer zufolge, in dem von Wirtschaftsrat verabschiedeten ersten Lastenausgleichsgesetz eine vorläufige Übergangslösung, wird sich jedoch nach wie vor für einen Lastenausgleich einsetzen, wie sie ihn in ihren grundsätzlichen Erklärungen zu dieser Frage dargelegt hat.

## Dena-Generalversammlung

Wiesbaden, 12. Dez. (Dena) Anläßlich der Tagung der Generalversammlung der Dena-Genossenschaft übermittelte am Freitag der Direktor der Nachrichtenabteilung der US-Militärregierung für Deutschland, Oberst Gordon E. Tector, den in Wiesbaden versammelten Herausgebern für das kommende Jahr allen Erfolg in ihrem Bestreben, die Dena als unabhängige, objektive Nachrichtenagentur zu erhalten. Mehr noch als eine Zeitung müsse eine Nachrichtenagentur die Kunden unterschiedlicher Meinungen auf allen Gebieten des menschlichen Interesses mit Nachrichtenmaterial versorgen. Sie müsse über jedem Verdacht der Parteilichkeit in der Bearbeitung von Nachrichten stehen.

„Ich freue mich darüber“, heißt es in der Botschaft Tectors, „daß die Genossenschaftsmitglieder der Dena die Notwendigkeit einer unabhängigen Nachrichtenagentur in Deutschland erkennen und daß sie gewillt waren, Opfer zu bringen, um diese Unabhängigkeit zu bewahren und zu verteidigen. Ich glaube, daß lange Sicht hin werden sie erkennen, daß jedes Opfer, das sie jetzt bringen, um den unabhängigen und objektiven Charakter der Dena zu erhalten, viel geringer ist, als der Verlust, den sie erleiden würden, sollte Dena jemals lediglich das Sprachrohr einer Interessengruppe werden.“

Die Generalversammlung billigte den Abschluß des Geschäftsjahres 1947/48. Ferner wurde der neue Etat für 1948/49 genehmigt. Gleichzeitig erhielt der Vorstand der Dena von den Genossenschaftsmitgliedern eine Generalvollmacht für die Fortführung der Fusionsverhandlungen mit dem Deutschen Pressedienst in Hamburg.

## Rußland-Finnland-Verhältnis gespannt

Moskau, 12. Dez. (Dena-Reuters) Der sowjetische Außenminister Molotow gab am Freitag einen Empfang zu Ehren der tschechoslowakischen Regierungsdelegation, die sich zur Zeit in Moskau aufhält. Unter den Anwesenden befanden sich der tschechoslowakische Premierminister Zapotocky, Außenminister Klementis, führende Persönlichkeiten der Sowjetregierung, Mitglieder des diplomatischen Korps und die tschechoslowakische, italienische und polnische Handelsdelegationen, die augenblicklich in Moskau weilen.

Die Sowjetunion und Finnland unterzeichneten am Donnerstag, wie Radio Moskau am Samstagfrüh meldete, einen Vertrag, der gemeinsame Maßnahmen für eine Kontrolle entlang der finnisch-sowjetischen Grenze vorsieht.

Wie Anwarer Snellman, Korrespondent der Assoziierten Pressen aus Helsinki berichtet, ist in den finnisch-sowjetischen Beziehungen in letzter Zeit eine gewisse Spannung eingetreten, was den Politikern in Helsinki einige Sorgen bereitet.

Kürzlich protestierte die Sowjetregierung gegen die Verhaftung zweier russischer Staatsangehöriger in Finnland und gegen die Aufführung von zwei Theaterstücken auf den Bühnen Helsinkis. Eines dieser Stücke ist das vielumstrittene Bühnenwerk Jean Paul Sartres „Les mains sales“. Diese Werke enthielten angeblich Verunglimpfungen der Sowjetunion.

Die wiederholten Erklärungen der finnischen Regierung, daß die Freundschaft gegenüber der Sowjetunion der Eckpfeiler der finnischen Außenpolitik bilde, haben an der zunehmenden Abkühlung der Beziehungen ebenso wenig etwas geändert wie die Tatsache, daß Außenminister Karl Enckell in das neue Kabinett übernommen wurde.

## Costa Rica im Kriegszustand

San José, Costa Rica, 12. Dez. (Dena-Reuters) Das Parlament von Costa Rica hat am Samstag den Kriegszustand zwischen Costa Rica und Nicaragua ausgerufen. Die Invasion des Nachbarlandes hat die Verfassungsmäßige Rechte aufgehoben und eine sofortige Mobilisierung angeordnet. Der Staatspräsident von Costa Rica, Jose Figueres, hat das Oberkommando über die Streitkräfte übernommen. 3000 Freiwillige haben sich bereits gemeldet und sind sofort mit Waffen ausgerüstet worden.

Costa Rica hatte in der vergangenen Woche seine 300-Mann-Armee aufgelöst, um seine friedlichen Absichten zu demonstrieren. In ganz Costa Rica herrscht große Empörung über die Gewaltaktion des ehemaligen Polizeichefs von Costa Rica, der sich zur Zeit mit 800 Mann auf dem Vormarsch nach der Stadt Liberia, etwa 100 Kilometer nordwestlich von San José, befindet. Nur 80 Mitglieder seiner Streitmacht stammen aus Costa Rica. Alle übrigen sind aus Nicaragua.

## Die Kommunisten Chinas

Singapur, 12. Dez. (Dena-Reuters) Der Leiter der kommunistischen Nachrichtenagentur „Neues China“, Tschiao-Mui, erklärte in Hongkong in einem Interview über die Pläne der chinesischen Kommunisten, daß jede Form eines Kompromisses mit Generalissimo Tschiangkai-schek ausgeschlossen sei. Die Kommunisten seien absolut sicher, daß das Kuomintang-Regime in Nanking zu Fall kommen wird und daß sie China „befreien“ werden.

Die kommunistischen Truppen, die nach den letzten Berichten rund 100 km nördlich Nanking stehen, würden zunächst versuchen, die rund eine halbe Million Mann zählenden Regierungstruppen im Gebiet

## Früher und heute

Frankfurt am Main, 12. Dez. (AP) Die Friedrich-Ebert-Straße, eine der Hauptverkehrsstraßen in Frankfurt am Main, wird ihren Namen trotz der Tatsache behalten, daß der mittlere Namens Oberbürgermeister im Ostsektor Berlins ist, erklärte am Samstag Vertreter der Stadt Frankfurt am Main. Bis zum Jahre 1947 hieß diese Straße Kaiserstraße, doch das klang in der Nachkriegszeit zu kriegerisch.

In Frankfurt erzählt man sich folgende Geschichte. Kurz nach der Umbenennung rief ein Straßenbahnschaffner an der Haltestelle aus: „Friedrich-Ebert-Straße, früher Kaiserstraße.“ Ein Fahrgast, der absteig antwortete: „Guten Abend, früher Heil Hitler.“

## Kurz beleuchtet

Costa Rica liegt nicht in der Nähe von Spanien, sondern in Mittelamerika. Im Süden grenzt Panama an, im Norden Nicaragua. Bessens Präsident Anastasio Somoza hatte noch vor kurzem erklärt: Nicaragua plant absolut keinen Angriff. Hatte Costa Rica Präsident Figueres daran geglaubt? In jedem Falle hatte er seine Armee nach Hause geschickt; freilich waren es nur ein paar hundert Mann. Somoza hingegen hat seine Soldaten unter Waffen gehalten, sogar Flugzeuge gekauft und Emigranten aus Costa Rica willkommen geheißen. Einer von ihnen, der frühere Polizeiminister, hat nun den Sprung „über den Rubikon“ gewagt: wahrscheinlich unterstützt von jenen „friedfertigen“ Somoza. Und Costa Rica muß seine Soldaten wieder einberufen. Worum es geht? Um Pöstchen, in denen zu verdienen ist. „Ganz Zentralamerika ist ein Irrenhaus“, hat einmal ein vertriebenener Präsident Costa Ricass gesagt. So unrecht dürfte er nicht haben. H. B.





